

Uwe Doering, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer,
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15
doering@linksfraktion-berlin.de
www.uwe-doering.de



1. Öffentlichen Dienst stärken (s. 1)
2. Einigung im Kita-Volksbegehren (s. 2)
3. Folgen des Schwarz-Gelben Koalitionsvertrages (s. 2)

Öffentlichen Dienst stärken

Anfang Oktober dieses Jahres trat die bisherige Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Carola Bluhm, die Nachfolge für die bisherige Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner an. Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wurde von der Fraktion Udo Wolf gewählt. Dieser hatte zuvor mit Blick auf die Abgeordnetenhauswahlen 2011 der Fraktion ein Strategiepapier vorgelegt, das die Vorhaben der Fraktion für die 2. Hälfte der Legislaturperiode beschreibt.

An diesem Papier haben Jutta Matuschek, Martina Michels und ich mitgearbeitet. Neben der Beförderung der „Neuen sozialen Idee“, der Verbindung des sozialen mit ökologischem Umbau und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Stadt, liegt uns dabei vor allem der öffentliche Dienst am Herzen. Trotz finanzieller Engpässe darf hier nicht an der falschen Stelle gespart werden! In dem Papier heißt es dazu:

„Wir werden jedoch auch in einzelnen Bereichen Mehrausgaben haben, die notwendig und berechtigt sind. Zu diesen Mehrausgaben gehören insbesondere die Gehälter im Öffentlichen Dienst Berlins.

Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben seit dem Abschluss des Anwendungs-Tarifvertrages durch Arbeitszeitverdichtung und Einkommensverzicht zu milliardenschweren Entlastungen des Landeshaushaltes beigetragen. Sie haben einen bundesweit einmaligen Beitrag zur Konsolidierung der Landesfinanzen geleistet. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Diese Anerkennung muss sich in der Brieftasche der Beschäftigten niederschlagen.

Gleichzeitig sehen wir den Bedarf, den Öffentlichen Dienst Berlins insgesamt zukunftsfest zu gestalten. Die Entscheidung des Senats, die Zahl von 100.000 Beschäftigten erst im Jahr 2013 erreichen zu wollen, ist folgerichtig. Auf diesem Weg ist ein Mindestmaß an zwingend notwendigen Wiederbesetzungen ausscheidender Beschäftigter gewährleistet und werden weitere Arbeitsverdichtungen reduziert. Zur Verjüngung des Öffentlichen Dienstes ist ein Einstellungskorridor notwendig.

Die Diskussion um die Zukunftsfähigkeit öffentlicher Aufgabenwahrnehmung darf nicht auf Tarifangelegenheiten beschränkt sein, sondern muss im Kontext der Debatte um die Rückgewinnung

staatlicher Handlungsspielräume weg von der Aufgabenkritik hin zu einer positiven Benennung öffentlicher Aufgaben und ihrer Träger kommen. In eine solche Debatte wollen wir sowohl die öffentlichen Unternehmen als auch die zivilgesellschaftlichen Träger öffentlicher Daseinsvorsorge einbeziehen.

Wenn wir die soziale, ökonomische und kulturelle Infrastruktur nicht auf Verschleiß fahren wollen, kann die Frage in Berlin nicht mehr lauten: Wo kann noch zusätzlich gespart werden, sondern, was braucht eine an sozialer Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit orientierte Stadtgesellschaft an öffentlich finanzierter Ausstattung?“

Das ganze Papier findet sich hier:

<http://www.die-linke-berlin.de/nc/politik/presse/detail/zurueck/presse/artikel/mit-sozialem-fortschritt-aus-der-krise-warum-die-stadt-sozial-und-oekologisch-umgebaut-werden-muss/>

Einigung im Kita-Volksbegehren

Seit geraumer Zeit haben die Träger eines Volksbegehrens-Kita für bessere Bedingungen in den Berliner Kindertagesstätten gekämpft. Nach intensiven Verhandlungen haben sich die Initiatoren des Volksbegehrens und der Senat nun auf einen Kompromiss geeinigt, der sowohl die Anliegen des Volksbegehrens als auch die Finanzierbarkeit der Forderungen beachtet. Dazu erklärte der Vorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Udo Wolf, per Pressemitteilung:

„Der Beschluss des Senats, die Forderungen des Kita-Volksbegehrens differenziert aufzunehmen und ihre stufenweise Umsetzung gesetzlich zu verankern, ist in mehrfacher Hinsicht ein großer Erfolg.

Der Teilzeitanspruch auf einen Kita-Platz wird ausgebaut, der Per-

sonalschlüssel einschließlich des Schlüssels für die Leitungstätigkeit deutlich verbessert. Die so mit den Trägern des Volksbegehrens verabredeten Maßnahmen und die Etappen ihrer Umsetzung werden noch in diesem Jahr gesetzlich geregelt [...]. Damit werden entscheidende Weichen für eine weitere Verbesserung der Qualität vorschulischer Bildung in den Berliner Kitas gestellt.

Den Initiatorinnen und Initiatoren des Kita-Volksbegehrens ist es nicht gegen, sondern gemeinsam mit dem Senat gelungen, diese deutlichen Verbesserungen zu erreichen.

Rot-Rot nimmt direkte Demokratie ernst. Rot-Rot will gute, starke Kitas als Bildungseinrichtungen. Beides bildet die solide Basis für die Tragfähigkeit der jetzigen Vereinbarungen und stärkt das Vertrauen zwischen Eltern, Beschäftigten und rot-roter Koalition.“

Die Einigung im Detail:

- Der Personalschlüssel wird für alle Altersgruppen abgesenkt.
- Ab 2010 wird es einen Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz (sieben Stunden täglich) für das letzte Kitajahr, ab 2011 für das vorletzte und ab 2013 für das vorvorletzte Kitajahr geben.
- Der Leitungsschlüssel wird angehoben. Ab 2011 wird es bereits ab 140 Kindern und ab 2013 ab 120 Kindern eine Freistellung für die Leitungsfunktion einer Kita geben. Kleinere Kitas erhalten eine anteilige Freistellung.
- Bis 2013 werden für die vom Senat beschlossenen Maßnahmen rund 200 Millionen Euro aufgebracht, die auch rund 1.800 Neueinstellungen für die Kitas bedeuten.

Zum Hintergrund:

<http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2009/10/27/143776/index.html>

Folgen des Schwarz-Gelben Koalitionsvertrages

Seit einigen Wochen stellen CDU/CSU und FDP die Bundesregierung. Die schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung zeigt, wohin die Reise gehen soll. Der Druck auf die finanzielle Lage Berlins sowie auf die soziale Situation vieler Menschen wird zunehmen.

Dies machen schon wenige Beispiele deutlich: Der Verzicht auf rd. 24 Milliarden Euro Steuereinnahmen bundesweit schlägt für Berlin mit rd. 700 Million Euro jährlichen Einnahmeverlusten zu Buche. Von den Steuerentlastungen werden vor allem die Besserverdienenden profitieren. Bei ihnen wird die Steuersenkung nicht durch die geplante Erhöhung der

Pflege- und Krankenversicherung aufgefressen. Der Steuersatz für die Erbschaftssteuer sinkt und für die Unternehmen sind weitere Entlastungen angekündigt. Schwarz-gelb will öffentliche Unternehmen weiter privatisieren. Bei der Personenbeförderung sollen die privaten Vorrang vor den öffentlichen Unternehmen haben. Kommunale Unternehmen sollen mit privatrechtlichen steuerrechtlich gleichgestellt werden. Weitere Gebührenerhöhungen bei der Abwasser- und Müllentsorgung sind absehbar. Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger werden auf die Kommunen und somit auch auf Berlin abgewälzt. Die Betriebskosten und insbesondere die Heizkosten sollen pauschaliert werden. Der tatsächliche Verbrauch wird nicht mehr

berücksichtigt. Schwarz-Gelb will den Kündigungsschutz für Mietwohnungen abbauen. Für die Mieterstadt Berlin ein verheerendes Signal. Die Vermieter sollen die Möglichkeit einer Kündigungsfrist von drei Monaten erhalten. Minijobs sollen aufgewertet und ausgeweitet werden. Somit wird die Zahl der Beschäftigten in solchen prekären Arbeitsverhältnissen zunehmen, deren Einkommen durch Zuschüsse aufgestockt werden muss, weil sie weniger als „Hartz IV“ erhalten. Es soll keinen flächendeckenden Mindestlohn geben. Branchenmindestlöhne stehen auf dem Prüfstand.

Dies alles wird die Haushaltssituation Berlins zusätzlich verschärfen. Ein Umstand, der alarmiert.